

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeschen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einseitige Petitzeile
oder deren Raum 18 g.
außerhalb des Bezirkes
20 g. bei Anstaltsverteilung
durch die Geschäftsstelle
30 g. extra.
Kleinaussagen 50 g.
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der im
Falle des Mahnerfahrens
hinfallig wird.

Schluss der Anzeigen-
Annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird
fernseitig Gewähr über-
nommen.

Nr. 87.

Neuenbürg, Montag den 14. April 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 11. April. Der Finanzausschuss hat bei Beratung von Anträgen zugunsten des württ. Personals im Fall des Uebergangs der Eisenbahn und Post an das Reich einen Antrag Schoepf und Gen. (D. b. P.) in folgender Fassung angenommen:

Die Landesversammlung wolle beschließen: die Landesversammlung vertraut zu der Regierung, daß sie in der Frage der Ueberführung der Württ. Verkehrsanstalten in die Verwaltung des Reichs dahin wirken wird, daß nicht nur die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen des Landes, sondern auch die wohl erworbenen Rechte der zu übernehmenden Beamten und Arbeiter, insbesondere auf dem Gebiet des Einkommens und Ruhegehaltswesens gewahrt werden.

Stuttgart, 12. April. Amtlich wird geschrieben: Nun zählen die Toten der letzten Streikwoche in der Erde. Mit Trauer gedenken wir ihrer. Die Staatsregierung dankt besonders ihren getreuen Soldaten, die selbstlos sich aufopfert für das gesamte Volkswohl, die ihr Leben ließen für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Auch jenen Toten trauern wir nach, denen eine verirrte Kugel das Leben raubte. Mögen die vielen Opfer, die wir in die Heimat Erde betten mußten zum letzten Schlaf, die letzten sein! Möge eine friedliche Entwicklung uns endlich die schweren Aufgaben für und mit dem Volke lösen lassen.

Frankfurt a. M., 12. April. Der Nachbarort Griesheim ist heute vormittag von den Franzosen besetzt worden.

Berlin, 12. April. Nach einer sozialdemokratischen Korrespondenz ist in Aussicht genommen, kurzfristige Lebensmittelkarten etwa für die Dauer einer Woche zur Einführung zu bringen, die beim Ausbruch unberechtigter Streiks sofort ihre Gültigkeit verlieren. Für die Dauer solcher Streiks müßten dann neue Karten nicht ausgegeben.

Berlin, 12. April. Die deutsche Waffenstillstandskommission hatte gegen die Verschleppung der in Ungarn internierten Deutschen zur Zwangsarbeit protestiert. Daraus haben die Alliierten diese Truppen als Kriegsgefangene erklärt. Dagegen hat die deutsche Waffenstillstandskommission nochmals Einspruch erhoben. Am 25. März hatte die deutsche Regierung in einer in Spaa überreichten Note erklärt, sie behalte sich, falls die Meldung über den Verkauf deutscher Unterseeboote durch England wahr sei, alle Rechtsansprüche aus einer solchen den Friedensverhandlungen vorzulegenden Maßnahme vor. Bis heute ist die deutsche Regierung noch ohne eine Antwort auf die Note. Sie hat daher erneut um beschleunigte Beantwortung der in ihr gestellten Frage.

Berlin, 12. April. Ein Funkpruch aus Lyon vom 11. verbreitet einen Bericht, wonach der Biererrat in der Saargebietfrage eine endgültige Entscheidung getroffen haben soll. Danach soll das Saarbecken Frankreich auf 15 Jahre verpfändet werden, nach deren Ablauf eine Volksabstimmung stattfinden soll. Es könne erwartet werden, daß das Saarbecken alsdann vollständig französisch geworden sei. Im Saarbecken wohnen zwar 300000 Deutsche, aber man rechne damit, daß sie sich assimilierten werden.

Berlin, 12. April. Der Gesetzentwurf über den zu errichtenden Staatsgerichtshof lautet: Die Nationalversammlung bildet aus ihrer Mitte einen Ausschuss von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge in der politischen und militärpolitischen Leitung des Reichs, die zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben. Die Reichsregierung hat dem Ausschuss die von ihm bezeichneten Urkunden und Akten zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen des Ausschusses sind öffentlich. Hält der Ausschuss eine Person für verdächtig, zum Ausbruch, der Verlängerung oder dem Verlust des Krieges beigetragen zu haben, so eröffnet er gegen sie das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof. Jeder Deutsche kann bei dem Untersuchungs-Ausschuss die Eröffnung des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof gegen sich selbst beantragen. Der Staatsgerichtshof wird bei dem Reichsgericht gebildet. Er besteht aus 15 Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. Der Spruch des Staatsgerichtshofes ergeht auf Grund einer öffentlichen und mündlichen Verhandlung.

Berlin, 12. April. Die Zeppelinwerke in Staaken bei Berlin, die vor Beginn der Demobilisierung 4000 Arbeiter und 350 Angestellte beschäftigten und jetzt nur noch rund 600 Arbeiter und 80 Angestellte haben, beabsichtigen den Betrieb ganz stillzulegen. — In dem Prozeß gegen die 75 Angeklagten, welche bei Ausbruch der Revolution den Marschall des Berliner Schlosses verteidigt haben sollen, beantragte der Vertreter der Anklage vor dem ordentlichen Kriegsgericht die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. — Die sächsische Regierung hat für 180 Millionen Mark Lebensmittel im Ausland gekauft. Sie sollten mit sächsischer

Rohle bezahlt werden. Da der Bergarbeiterstreik das verhindert, kommen die Lebensmittel nicht.

Zu den Ereignissen in Bayern.

München, 12. April. Zahlreiche bürgerliche und mehrheitssozialistische Flüchtlinge sind in den letzten Tagen aus Augsburg kommend hier eingetroffen. Nach ihren Erzählungen haben in Augsburg die Kommunisten über 800000 Mk. öffentliche und private Gelder für die Aufwendungen der neuen Räterepublik gewaltsam beschlagnahmt.

Neu-Ulm, 12. April. In Augsburg macht sich starker Stimmungsumschwung bemerkbar. Zum Teil sind die A. und S. Räte wieder tätig. Morgen finden Massenversammlungen statt, um erneut Stellung zur Räterepublik zu nehmen. Stadtkommandant Mohr, Neu-Ulm.

München, 11. April. Ein Anschlag des provisorischen revolutionären Soldatenrats gibt bekannt: Die bürgerliche Bevölkerung hat binnen 24 Stunden alle in ihrem Besitze befindlichen Waffen in der Stadtkommandantur abzugeben. Der dieser Aufforderung in der angegebenen Frist nicht nachkommt, wird vor ein revolutionäres Tribunal gestellt. Militär- und dazu bestimmte Arbeiterpatrouillen haben das Recht, jeden auf der Straße anzuhalten und auf Waffen zu durchsuchen. Nach Ablauf der Frist werden Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen.

Regensburg, 12. April. In Regensburg ist gestern die Räteregierung durch das Militär gestürzt worden. Die Garnison Regensburg ist in einer Proklamation auf Seite des Damberger Ministeriums getreten.

Maßnahmen gegen die Revolutionäre.

Bamberg, 12. April. Die bayerische Regierung hat an die Revolutionsausschüsse in Schweinfurt, in Aschaffenburg und Leher folgendes Telegramm gerichtet:

Die vereinigten Arbeiter, Bürger und Soldaten des Ortes Würzburg haben dem Terror einer verbündeten Rindverheit ein Ende gemacht. Sämtliche Kajernen- und Soldatenräte des 2. Armeekorps haben sich zur sozialistischen Regierung Hoffmann bekannt. Arbeiter, Bauern- und Bürgerräte des Landes schloßen sich an. Die vereinigten Arbeiter, Bürger und Soldatenräte fordern von den Revolutionsausschüssen: 1. sofortige Freilassung aller Geiseln, 2. sofortige restlose Auslieferung aller Waffen und Munition, 3. sofortige Auflösung des Revolutionsausschusses und Wiedereinsetzung der staatlichen und gemeindlichen Behörden, 4. Auslieferung der Räteführer.

Die vereinigten Bürger-, Arbeiter- und Soldatenräte fordern Antwort innerhalb 12 Stunden, andernfalls mit Woffengewalt vorgegangen wird. Der Vertreter der Regierung. gez. Birjng.

Die Streiklage.

Ludwigshafen, 12. April. In der gestern abgehaltenen Versammlung der streikenden Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabriken wurde mitgeteilt, daß die Beamten des Merseburger Zweigwerks in den Sympathiestreik eingetreten seien. Wenn die Firma nicht in letzter Stunde die gestellten Forderungen bewilligt, werden in den Sympathiestreik eintreten die Beamten der ganzen Interessengemeinschaft der Stadt Ludwigshafen. Die Arbeiter sind geschlossen hinter den Beamten, arbeiten aber weiter, um nicht unumgängliche Zustände zu schaffen. Auch die französ. Besatzungsbehörde hat den Streikenden ihre Sympathie und Unterstützung zugesichert. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabriken erklärten sich bereit, einmalige Zulagen von Mark 300.— für Verheiratete, Mk. 200.— für Unverheiratete und Mk. 100.— für Unmündige, sowie eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulage um Mk. 30.— monatlich, rückwirkend ab 1. 1. 1919, ferner je nach der Entwicklung der Verhältnisse eine einmalige Zulage von Mk. 600.— zu bewilligen. Mehr konnte nicht zugestanden werden, da die Betriebe seit November vor. Jz. aus Mangel an Kohle und sonstigen Rohmaterialien so gut wie stillstehen.

Essen, 12. April. Die Zahl der Arbeitswilligen in der Guss-Stahlfabrik Fr. Krupp A.-G. ist von gestern 16600 auf etwas über 20000 gestiegen. D. h. es sind etwas über 90% der zur Frühsschicht gehörenden Arbeiter zur Arbeit erschienen. Die Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen, das Entgegenkommen in der Frage der Schichtzeit und die Nachricht über drohende Einstellung von Bergwerksbetrieben sind auf die Streiklage im Ruhrgebiet nicht ohne Einfluß geblieben. Die Zahl der Ausständigen hat heute eine weitere Verklärung erfahren. In der Frühsschicht waren 180720 Bergarbeiter ausständig, gegen 163501 gestern. In der gestrigen Früh-, Mittags- und Nachtschicht hat sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 200186 belaufen, gegen

307205 am vorhergehenden Tage. Im allgemeinen herrschte am heutigen Morgen Ruhe.

Düsseldorf, 12. April. Die Gas- und Elektrizitätswerke, die seit vorgestern wieder den Betrieb aufgenommen hatten, sind gestern nachmittag wieder außer Betrieb gesetzt worden. Die Stadt liegt von neuem in völliger Dunkelheit. Am Hauptbahnhof nehmen die Kämpfe unverändert ihren Fortgang. Die Spartakisten versuchen noch immer den Hauptbahnhof zu stürmen. Es wird dort mit schweren Mörsern und Geschützen geschossen. Die Regierungstruppen, die fortgesetzt Verstärkungen erhalten, haben bisher alle Angriffe zurückgewiesen.

Er mordung des sächsischen Kriegsministers.

Dresden, 12. April. Im Verlaufe von Demonstrationen der Verwundeten der Dresdener Bajonette gegen den Kriegsminister Neuring drang eine aufgeregte Menge in das Kriegsministerium ein, ergriff den Kriegsminister, schleppte ihn auf die Straße, mißhandelte ihn schwer und stürzte ihn von der Brücke in die Elbe hinab, wo er erschossen wurde.

Berlin, 12. April. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die schreckliche Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring wurde dem Reichswehrminister Noske im Laufe des Samstag Nachmittags aus Dresden mitgeteilt. Es sind sofort die erforderlichen Anordnungen getroffen worden, um der sächsischen Regierung einen stärkeren Rückhalt zu geben. Man hat so zahlreiche Truppen nach Dresden in Bewegung gesetzt, daß es bestimmt rasch gelingen wird, die erforderliche Ordnung und Sicherheit in Dresden wieder herzustellen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 11. April. Nach Erledigung verschiedener Anfragen hat die Nationalversammlung die Einführung der Sommerzeit mit großer Mehrheit abgelehnt und hierauf den Gesetzentwurf über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt nach kurzer Aussprache, während welcher Justizminister Landsberg die Veröffentlichung eines Entwurfs zum neuen Strafgesetzbuch noch vor Ablauf des Jahres, jene einer Novelle zur Strafprozessordnung in wenigen Wochen in Aussicht stellte, in allen drei Lesungen einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf betr. die Aenderung des Kriegsteuergesetzes wird ohne Debatte angenommen. Nächste Sitzung: Samstag vormittag 10 Uhr. Interpellation Auer betreffend Mißstände bei den ausländischen Lebensmittel, Ermächtigungsgesetz, Gesetzentwurf über den 1. Mai als Nationalfeiertag, Gesetzentwurf über den Kalivirtschaft.

Weimar, 12. April. Die Nationalversammlung hat heute den Gesetzentwurf über die Regelung der Kalivirtschaft beraten mit dem Ergebnis, daß derselbe dem Ausschuss überwiesen wurde. Die ziemlich umfangreiche Aussprache brachte manches Interessante. So erfährt man, daß im deutschen Bergbau mit der zwischen der Regierung und den vier Bergarbeiterverbänden eingeführten 7tündigen Arbeitszeit Deutschland im Bergbau die kürzeste Schichtzeit der ganzen Welt aufweist. (Wir können uns das angesichts unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage und des Hinweises von oben, daß wir mehr denn vorher arbeiten müssen, auch leisten. Schriftl.) Die völlige Sozialisierung der Kalivirtschaft, erklärte Abg. Sachse (Soz.), würde sich leichter durchführen lassen, als die irgend einer andern Industrie, wenn wir normale Zeiten und Verhältnisse hätten. Aber infolge des Verlustes der Kalibergwerke in Elßaß-Lothringen und im Hinblick auf die zu erwartende und nicht zu unterschätzende Konkurrenz der Kaliverte in Galizien und Spanien sind die Verhältnisse so unsicher und so ungeläutert, daß wir gut tun werden, in dieser Frage vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen. Seitens der Regierung erfährt man, daß wir mit dem Verluste der elßassischen Kaliverte rechnen müssen. Was das aber bedeutet, beweist die Tatsache, daß nach sachverständigen Berechnungen mit dem Inhalt der elßassischen Kalilager der gesamte Weltbedarf auf 175 Jahre gedeckt werden kann. Wir werden damit rechnen müssen, daß wir in wenigen Jahren etwa 1/4 unseres gesamten Abhanges an die elßassischen Werke abtreten müssen. Dazu kommen die spanischen Kalivorkommen, die man bisher weit unterschätzt hat. Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen im Interesse der Weltentwicklung unseres Abhanges aufrecht zu erhalten. Auf eine etwaige Neuregelung der Löhne ist bei der Festsetzung der Kalipreise Rücksicht zu nehmen. Abg. Imbusch (Christl. Volkspartei) bezeichnete die Sozialisierung der Kali-Industrie als notwendig. Kali kann nur erzeugt werden, wenn Kohlen gefördert werden. Von der Regierung muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter im Kohlenbergbau, die arbeiten wollen, dazu auch in der Lage sind. Noch vor kurzem war das vielen Bergleuten nicht möglich, da sie ihres Lebens nicht sicher waren. Einzeln Jochen haben arbeits-

willige Bergarbeiter sogar zurückgewiesen, weil sie nur eine Minderheit der Belegschaft seien. Ost sind die Beamten radikaler als die Arbeiter und regen noch zum Streik an. Die Preissteigerung der Kalifalze muß sich natürlich in berechtigten Grenzen halten. Das vorliegende Gesetz muß recht bald verabschiedet werden, damit die Landwirtschaft rechtzeitig die notwendigen Düngemittel erhält.

Abg. Vohlmann (D. v. P.) und Abg. Behrens (Deutsch. Nat.) bringen namens ihrer Parteien die allergrößten Bedenken gegen dieses Gesetz zum Ausdruck; der Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) erklärt es für unbrauchbar.

Bei der Beratung der Vorlage über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlass von Verordnungen in der Übergangszeit erklärt Reichsminister Dr. Preuß: Der Entwurf will kein allgemeines Notverordnungsrecht für die Regierung in Anspruch nehmen, er will ihr nur die Möglichkeit geben, wenn es die besonderen Verhältnisse notwendig machen, im Verordnungswege gewisse schleunige Dinge, die aber nicht von prinzipieller Bedeutung sind, zu regeln. Als solche erwähnte er u. a. die Bedürfnisse, die sich namentlich bei dem Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ergeben, ferner den Erlass von Verordnungen gegen Verschleuderung von Poerzeugnissen. Die Vorlage will die Ermächtigung nicht nur auf wirtschaftliche Maßnahmen, sondern auch auf solche ausdehnen, die sich aus dringenden sonstigen Anlässen ergeben. Nach Erklärungen der Abg. Dr. Becker-Arnstadt (Christl. Soz.), Waldstein (D. v. P.), Knollmann (Deutsch. Nat.), die der Erwartung Ausdruck geben, daß die Regierung von der Ermächtigung nicht zu ausgiebigen sondern abgrenzenden Gebrauch macht, sowie des Abg. Haase (U. Soz.), der sich im Angriff auf Minister Czernberg auf ganz andere Gebiete vertritt, wird die Vorlage dem Wirtschaftsausschuß überwiesen. Nächste Sitzung Montag.

Vom Rätekongreß.

Der Kongreß dürfte mit einer Niederlage der Unabhängigen enden. Einen schweren Schlag versetzte ihnen Reichsminister Wiffel, als er dem Reusfelder Proß auf Anklagen antwortete, die dieser wegen Streiks im Ruhrrevier gegen die Regierung vorbrachte; das Mitglied des Arbeiterrats aus dem Westen forderte Schluß der Gewaltpolitik, aber schnellste Sozialisierung. Aber da kam er bei Herrn Wiffel schlecht an; er bezeichnete eine sofortige Sozialisierung für ein bloßes Schlagwort. Vor einem Trümmerselbstverstehen wir! Erst müssen die Wirtschaftsbetriebe in Gang gebracht werden, ehe man sozialisieren kann. Und dann gab der Minister ein Bild der trostlosen Lage vieler Bergwerksbetriebe im Westen: Im Vorjahre habe i. B. ein Beck noch 15 Mill. Mark Reserve gehabt, heute habe es 12 Mill. Mark Bankschulden; keine Bank leiht ihm mehr einen Pfennig. So etwas könne nicht sozialisiert werden. Und das ist die Schuld der Arbeiter! In den Unabhängigen gewendet: Ihre Schuld! Nichts haben Sie getan, die Arbeiter zu beruhigen, sie zur Arbeit anzuhalten! Und in diesem Ton geht es unter dem lauten Beifall der Mehrheit fort, die Unabhängigen schreien und toben, aber vergeblich, der Minister hat die Mehrheit für sich, auch als er erklärt, daß nur der, der arbeitet, auch von den Lebensmitteln des Auslandes etwas erhalten soll. Mit einem dringenden Appell an die Arbeiterschaft, endlich zur Vernunft zu kommen, schließt seine Rede.

Ausland.

Junnsbruck, 12. April. An der bayerischen Grenze sind italienische Truppen zusammengedrängt. Von Junnsbruck aus gehen täglich italienische Truppen nach dem Norden ab.

Bern, 11. April. Wie hier bekannt wird, hat die Entente der Schweiz freie Schifffahrt auf dem Rheine zugestanden. Ein demnächst in Antwerpen mit Getreide angetroffener amerikanischer Dampfer soll seine Ladung rheinwärts bis nach Mannheim oder Rehl bringen, wo dann die Verladung direkt in schweizerische Waggons erfolgen soll.

Paris, 12. April. Ein Vertreter des „New York Herald“, der bei der Friedenskonferenz tätig ist, hat Einsicht in den neuen Völkerbundesvertrag genommen. Die wichtigsten Änderungen bestehen darin, daß keinerlei Rassenunterschiede gemacht werden. Die Bildung eines Generalstabes des Völkerbundes und einer ständigen Armee, wie sie von Frankreich verlangt wird, ist nicht geplant.

Paris, 12. April. Die „New York Tribune“ meldet jetzt, daß der Rat der Vier mindestens noch einen Monat braucht, um unter sich einig zu werden und daß auf die Einberufung der deutschen Friedensdelegierten vor dem 15. Mai nicht zu rechnen ist.

Paris, 12. April. Der Korrespondent der „Times“ äußert seine Bemerkung darüber, daß der Gesamtbetrag der Verpflichtungen, die Deutschland auf sich nimmt, unbestimmt bleibt. Er kündigt gleichzeitig an, daß England an der West- am Rhein teilnehmen werde. Das beste sei, eine gemeinsame englisch-französisch-belgische Truppenmacht zu stellen. Die Engländer hätten jetzt eingesehen, daß noch auf Jahre hinaus der Rhein ihre Grenze sein werde.

Brüssel, 11. April. In der belgischen Kammer wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß Belgien gegenwärtig über 2 Millionen Arbeitslose aufweise. Die Zahl der augenblicklich in den Fabriken und großen Werken streikenden Arbeiter beträgt etwas über 300 000.

London, 12. April. Der Ausschuß der englischen Arbeiter-Partei fordert die Friedenskonferenz, enttäuscht durch die Verzögerungen, auf, endlich die ewigen Debatten zu beschließen und einen Frieden zu formulieren, der mit Wilsons 14 Punkten und den Grundzügen der Verbündeten einen Frieden schafft, wie er die Demokratie gegen den Militarismus und die Anarchie schützt.

Schwere Zerwürfisse zwischen Clemenceau und Wilson.

Bern, 12. April. In hiesigen politischen Kreisen wird behauptet, daß nach aus Paris eingelaufenen Nachrichten

schwere Zerwürfisse zwischen Clemenceau und Wilson entstanden sind, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Auch beruhen die Gerüchte, wonach Präsident Wilson entschlossen ist, nach Amerika zurückzufahren, falls nicht in wenigen Tagen der Friedensvertragsentwurf fertiggestellt wird, auf Wahrheit.

Fasel, 12. April. Hier sind Meldungen aus Paris eingetroffen, nach denen Präsident Wilson seinen Verbündeten ein neues Ultimatum gestellt hat, auf Grund seiner 14 Punkte wenigstens in den Hauptlinien den Frieden abzuschließen. Andernfalls würden die Vereinigten Staaten von Amerika sich an den weiteren Beratungen nicht beteiligen. Amerikanische Journalisten stellen bereits die Wiedereröffnung mit Deutschland und die Anerkennung der Sowjetregierung Lenins durch Amerika in Aussicht.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 14. April. Um weiteren Kreisen Einblick in das neue Gemeindevahlrecht und das Gemeindevahlverfahren zu ermöglichen, wird Stadtschultheiß Knobel nach Ostern einen öffentlichen Vortrag über diese Themen halten.

Neuenbürg, 12. April. Zum Stadtkorrespondenten ist der bisherige Pfarrverweser Wilhelm Sandberger auf 7. Mai d. J. bestellt worden.

Neuenbürg, 14. April. „Eine rechte Geschmackslosigkeit in der gegenwärtigen ersten Zeit“ nennt der Forzheimer „Anzeiger“ den Aprilscherz der Wildbader Chronik, dem er wie wir und eine Reihe anderer Blätter nebst den Lesern zum Opfer fielen, wonach auf dem Hengstberg bei Calmbach eine neue Quelle zutage getreten sei. Ein ähnlicher Aprilscherz ging uns aus Schönbach zu; wir nahmen aber mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit von der Veröffentlichung Abstand, womit sich unsere Anschauungen mit jenen des Forzheimer Anzeigers decken.

S. Birkenfeld, 14. April. Nachdem die örtliche Kollekte für unsere Gefangenen den stattlichen Betrag von 800 M. ergeben hat, werden, wie wir hören, die Herren Vinz noch ein Wohltätigkeitskonzert hier veranstalten, dessen Reinerlös ebenfalls dieser Gefangenenfürsorge zugewendet werden soll. Die Aufführung verspricht Freunden edler Tatkraft hohen künstlerischen Genuss, gelang es doch, erste Solokräfte aus Stuttgart und Pforzheim zur gut. Mitwirkung zu gewinnen. Näheres wird an öffentlicher Stelle rechtzeitig bekanntgegeben.

Wildbad, 12. April. Das von Badortier Pfeiffer gebührige Wohn- und Geschäftshaus in der König-Karlstraße ging um 98 000 M. an das angrenzende Delikatessengeschäft Hönold über. — Welcher Preisunterschied in Grundstücken zwischen Wildbad und Calmbach besteht, erhellt aus dem Verkauf des dem verstorbenen Regieremeister Jakob Seyfried-Calmbach gehörigen großen Wohnhauses an der Viehgaße bei der Kirche, das um nur 20 000 M. den Käufer wechselte. — Die Reformschule Rehl pachtet auf 5 Jahre das Panoramahotel (Bef. A. Rehl) in Wildbad. Das anfänglich hierfür anderseits Schwarzwalddörfer dürfte nunmehr für städtische Zwecke (Einrichtung von Arbeiterwohnungen) in Betracht kommen. — Welch geradezu unsinnige Preise für Fahrnisgegenstände zurzeit bezahlt werden, zeigte sich hier kürzlich bei einer Nachlaßversteigerung, wobei für zwei alte Betten 1700 M. geboten und bezahlt wurden.

Württemberg.

Heilbronn, 12. April. In der Nacht wurde bei den Firmen Löwenstadt und Karlsruher eingebrochen, eine Anzahl Pakete Süßholz, 6 Flaschen Liqueur und Kleidungsstücke entwendet. Aus der Schaufel'schen Papierfabrik wurde ein Elektromotor gestohlen und mit einem Handwagen weggeführt. Die Täter wurden aber gefolgt, denn man fand den Wagen samt dem Motor in der Deutschhofstraße. Die Täter sind unbekannt.

Müdingen, 13. April. Auf der letzten Amtsober-sammlung wurde der Straßenbau Linsenhofen-Beuren als Notstandsarbeit beschlossen. Die Friedenskosten waren zu 57 000 M. berechnet, jetzt kostet die Ausführung mindestens 150 000 M.

Urach, 13. April. In Uraching hat der Nachtwächter einen Dieb, der schon mehrere nächtliche Besuche abgefeuert hatte, gestellt und, als er widerstand, durch einen Schuß auf die Breitseite geschnitten.

Unterboihingen, 12. April. In der Möbelfabrik Erwin Behr in Wendlingen ist die Arbeiterschaft in eine Streikbewegung eingetreten mit der Forderung der Nachzahlung des Lohnes für die letzten Generalstreiktage und der Auszahlung einer Teuerungszulage im Betrag von 200 M. an jeden Arbeiter. Für die Fabrik würde die Bewilligung dieser Forderungen eine Ausgabe von etwa 100 000 M. verursachen.

Weislingen, 12. April. In der Fabrik der Südd. Baumwollindustrie in Kuchen erschien in der vergangenen Woche eine Kommission, die die Einstellung des Betriebes verlangte. Der Direktor erklärte ihnen: „Ich habe nichts dagegen, daß Sie die Arbeiter auffordern, die Arbeit einzustellen, mache Sie aber darauf aufmerksam, daß die Leute mit eisernen Stangen und Knütteln bewaffnet sind. Sie können in den Betrieb hineingehen, wie Sie aber wieder herauskommen, dafür übernehme ich keine Garantie.“ Die Kommission blieb draußen und pöbte so rasch als möglich die Platte.

Zoffingen, 13. April. Die bürgerlichen Kollegien haben beschlossen, 20 Einfamilienhäuser mit einem Aufwand von 600 000 M. zur Behebung der Wohnungsnot zu erbauen.

Ulm, 12. April. Die städtischen Kollegien bestimmten als Tag der Wahl des neuen Stadtvorstandes den 4. Mai und als Schlusstag der Wahl den 22. April. Am Anfangsgehalt von 16 000 M. wurde festgehalten, dagegen wurde zweijährige Gehaltsvorrückung um je 1500 M. bis zum Höchstgehalt von 22 000 M. festgesetzt.

Blauheuren, 12. April. In der katholischen Pfarr-

kirche wurden nachts zwei Turmfenster eingeschossen. Im Ganzen 10 Einschüsse festgestellt worden. Ein so wurde in der letzten Zeit der katholische Stadtpfarrer wiederholt mutwillig belästigt durch Herauslösen bei Nachtlichtin sogar mit dem erdichteten Bescheid: Der Stadtpfarrer solle sofort ins Bezirkskrankenhaus kommen.

Jesau, 12. April. In dem Kaufhaus Bernhard hat eine Fingerring, während das Ladensträußen einen Kammerblick weis, ein Stück Seidenstoff im Wert von 770 M. und verberg ihn unter den Kleidern. In Großholzstraße war die Diebin den Stoff verlaufen wollte, wurde sie verhaftet.

Folgen des Generalstreiks.

Stuttgart, 11. April. Vor den auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand zusammengesetzten Kriegsgerichten werden zurzeit die während der Stuttgarter Streikunruhen Verhafteten abgeurteilt. In der Mehrzahl der Fälle ist es halbwichsiges Volk, das da vor den Schranken des Gerichtshofes erscheint. Bis jetzt kamen nur die verhältnismäßig leichteren Fälle zur Aburteilung. Wir greifen nur zwei davon heraus. Der Leser wird in ihnen eine Verhängnisvolle Bestrafung finden, daß jugendliche Gemüter besonders leicht der spartakistischen Bearbeitung zum Opfer fallen. Köpfe, die von der politischen Idee nicht im entferntesten eine Ahnung haben, die nur aus Abenteuerlust und Genußsucherei sich in die vorderen Reihen gedrängt haben, die aber von den Drahtziehern der spartakistischen Partei zur Befolgung ihrer dunklen Zwecke mit besonderer Vorliebe mißbraucht werden.

Da erscheint zunächst ein junger Bursche — ein gebürtiger Bayer — vor dem Richter. Auf der Rückseite an Verwandten in Karlsruhe nach seiner Heimat begreifen kommt er durch Stuttgart an dem Tage, nachdem der Belagerungszustand verhängt worden ist. Hier gerät er in die Gesellschaft von allerlei Dunkelmännern spartakistischer Schervanz und sängt an, mit den gehörten Schlagwörtern in der Öffentlichkeit um sich zu werfen. Bei dieser Tätigkeit wurde er am Morgen von einem Organ der Polizei ergriffen und an die Sicherheitskompanie im Hauptbahnhof abgeführt. Dort wird er ernstlich verwarnet, da man den an sich harmlosen Burschen nicht weiter von seiner Heimat fernhalten will, zur Weiterreise entlassen. Am Nachmittag aufs neu angetroffen, wie er bei den Zusammenrottungen in der Bahnhofsstraße von einem Wagen herab allerschand aufreißende Reden führt und die Ordnung schaffenden Sicherheitstruppen aufs gröblichste beschimpft, wird er zum zweitenmal festgenommen, abermals zur Wache verbracht und bleibt während der ganzen Streiktage im Quartier der Sicherheitstruppen, bei gutem Essen und Trinken sich dort kühn wohlbefindend und mit keinem Gedanken an Flucht denkend.

Ein typischer Fall, wie das spartakistische Beispiel ein solch haltloses Charaktere wirkt, und wie leicht Unheil von einem Menschen, dessen geistiges Vermögen kaum zur Bewältigung seiner persönlichen Verhältnisse ausreicht, angerichtet werden kann. (Es wäre um ein Kleines zu einer Sache gekommen!) Urteil: Drei Monate Gefängnis!

Ein anderer Fall: Von der Feuerbacher Sicherheitskompanie wird ein 19-jähriger Bursche festgenommen, der sich in den frechen Ausdrücken gegen die Posten des dortigen Postgebäudes ergangen hat und als einer der ärgsten Schreier bei den eigentümlichen Rumpfen bekannt ist. Wie kommt dieses Jüngelchen zu seinem Dazwischen, über deren Aufgabe er nach eigenem Geständnis gar nicht klar ist? Als Lehrling in einem kaufmännischen Geschäft tätig und dort als brauchbar, ruhiger und anständiger Mensch wohlgelehrt, ist er nach dem Tod des Vaters gezwungen, als Arbeiter in die Poststraße zu gehen. Dort hört er bei heizerischen Elementen allerlei aufreizende Redensarten, die er bei dem Streik an den Mann bringen zu müssen glaubt und muß sich nun für das unverantwortliche Treiben derer bestrafen lassen, die in Hörsaalraum die Verhandlung mit allerhand frechen Kommentaren begleiteten und nach erfolgtem richterlichem Spruch in der gröblichsten Weise über die „Klassenjustiz“ zu schimpfen anheben.

Für den Jungen nahm die Sache infolgedessen noch eine glimpflichen Verlauf, als sie an das ordentliche Gericht verwiesen wurde, wobei anzunehmen ist, daß sich der Jugendgerichtshof mit dem jungen Menschen befassen wird.

Zusammenfassend muß gesagt werden: Auf der Anklagebank sitzen die Verführten, die eigentlichen Schuldigen, die heimlichen Schürer und Deher, wissen sich auf freiem Fuß zu halten — diese bedauerliche Feststellung wird jeder machen, der sich das Publikum in diesen Verhandlungen etwas genauer und eingehender betrachtet.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 14. April. Gestern vormittag wurde die in der Grabenstrasse wohnhafte 76 Jahre alte Witwe Barbara Bahl ermordet und beraubt. Der Täter verschleifte die Frau mit einem Beil wuchtige Schläge auf den Kopf, bis alsbald den Tod herbeiführte. Gestraubt wurden etwa 150 M. Der 37 Jahre alte von Degerloch gebürtige Fuhrmann Paul Strauß ist der Tat dringend verdächtig. Die Polizeidirektion hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 M. gesetzt.

Stuttgart, 13. April. Wie die Generaldirektion der Staatsbahnlinien mitteilt, fällt der auf der Strecke München-Ulm wegen Kohlenmangels eingestellte Zug D 4 vom Montag den 14. April an auch auf der Strecke Ulm-Stuttgart bis auf weiteres aus. An seiner Stelle verkehrt vorläufig der Personenzug 124. Ulm ab 11.32, werktags regelmäßig.

Weimar, 12. April. Die deutsch-demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat heute sechs Stunden lang über das Rücktrittsgebot des Reichsfinanzministers Schäffer beraten. Obwohl man ihm mehrfach nahegelegt hat, in letzter Stunde seinen Entschluß noch zu ändern, blieb Schäffer bei dem Rücktrittsgebot. Infolgedessen hat die Fraktion einstimmig beschlossen, der Reichsregierung als Nachfolger den früheren Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Dern-

berg vorz...
darauf ein...
Lee...
Gründer...
geschickter...
verlehte, de...
Gewalttät...
Korps in...
in den all...
Nandenburg...
Stellwechs...
senden, die...
fall in die...
wurde ge...
Berliner...
Wies...
Ghaningh...
rige Angele...
Regierung...
das im Fo...
Wißhüt...
sehr ein...
Haja...
am" verlie...
wo sich m...
entschieden...
Schiffes be...
sch sich au...
neger der...
Der Chiru...
Besung er...
Karinbede...
Näliche P...
er wurde...
loher amer...
Das...
Nürn...
aus Münch...
Jentralrat...
für M...
nung der...
Minister de...
eine Tre...
Die Söiken...
als Röhlo...
Berloien ve...
Münd...
bangeilgen...
nison ge...
mehr in Fr...
Die bo...
erlassen: N...
hat die G...
Kettenhaus...
gehört. M...
Die Gemalt...
mit elementa...
mit wiederch...
8...
9...
11...
„Volla...
An Spe...
heute an Ein...
Neuand...
Amhad...
Reinberg...
Reinbach...
Wieselsberg...
Birkenfeld...
Calmbach...
Dauerer Ein...
1000 M. Reich...
Kowweiler...
Denmach...
Dobel...
Engelsbrand...
Käufsterie...
Jahremach...
Größenhausen...
Grensbach...
Grenmalb...
Löfen a. G...
Für die...
Osterinn...
wärmen D...
helfen, unse...
bereiten!...
Neuend...
Im Namen...



burg vorzuschlagen. Es ist anzunehmen, daß das Kabinett darauf eingeht.

Berlin, 13. April. General Rexler hat von dem Reichswehrminister den Befehl erhalten, zur Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Post-, Eisenbahn- und Telegraphenverkehr, der seit Tagen gestört ist, sowie zur Verhütung von Gewalttätigkeiten an Post- und Eisenbahnbeamten mit seinem Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird in den allernächsten Tagen vor sich gehen. — Auf der Strecke Magdeburg-Braunschweig sollen teilweise die Weichen und Stellwerksanlagen zerstört sein. Nach Aussagen von Reisenden, die aus Wolfenbüttel und Goslars gekommen sind, soll in Wolfenbüttel völlige Anarchie herrschen.

Berlin, 14. April. Dem General von Lettow-Vorbeck wurde gestern im Namen der philosophischen Fakultät der Berliner Universität das Diplom als Ehrendoktor verliehen.

Wien, 13. April. Der englische Militärbevollmächtigte Gillingham teilte gestern dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Bauer, mit, er sei von der englischen Regierung ermächtigt, offiziell und ausdrücklich zu erklären, daß im Falle von Ruhestörungen in Deutsch-Oesterreich die Einfuhr von Waren, einschließlich Lebensmittel und Rohstoffe, sofort eingestellt werde.

Wien, 12. April. Der Dampfer „George Washington“ verließ gestern Abend Amerika, um nach Venedig zu fahren, wo sich möglicherweise Präsident Wilson schon am 19. April einschiffen wird. In Amerika verursachte die Abfahrt des Schiffes beträchtliche Erregung, die noch dadurch erhöht wurde, daß sich auf dem Dampfer einer der hervorragendsten Chirurgen der Vereinigten Staaten, Dr. Da Costa, einschiffte. Der Chirurg erklärte, er habe vom Marineministerium Befehl erhalten, sogleich nach Frankreich abzureisen. Die Marinebehörden gaben in keiner Weise Aufklärung. Seine plötzliche Abreise gibt zu zahlreichen Vermutungen Anlaß. Er wurde stets in den Fällen hinzugezogen, wo das Leben hoher amerikanischer Persönlichkeiten in Gefahr stand.

Das Ende der bayerischen Rätereipublik.

Nürnberg, 13. April. Eine Meldung des 3. A. A. aus München besagt: Garnison München hat sich gegen Zentralrat erhoben, Garnison errichtete Militärdiktatur und hat für Ministerium Hoffmann ein. Aktion zur Rückgewinnung der Hauptstadt ist eingeleitet, verläuft günstig. Der Minister des Innern der Rätereipublik, Dr. Lipp, wurde in eine Irrenanstalt gebracht. Dr. Leoben soll geflüchtet sein. Die Spitzen der Regierung, unter ihnen Landauer, Wagner und Rühlom sind verhaftet worden. Im ganzen sind 16 Personen verhaftet.

München, 13. April. Nach einer Meldung des ersten bayerischen Armeekorps ist die Rätereipublik durch die Garnison gestürzt worden. Eine Wiederherstellung kommt nicht mehr in Frage.

Die bayerische Regierung hat folgende Proklamation erlassen: An das bayerische Volk! Die Münchener Garnison hat die Gewalt Herrschaft in München weggeführt. Das Reichshaus der landfremden Eindringlinge ist zusammengebrochen. München und ganz Bayern atmet erleichtert auf. Die Gewalt der rechtmäßigen Regierung Hoffmann hat sich mit elementarer Kraft durchgesetzt und ist nun auch in München wiederhergestellt. Alle Vertreter der Regierung ist mit

weitgehenden Vollmachten der Abgeordnete Vogel aus Fürtz nach München entsandt. Seinen Weisungen ist bis auf weiteres unbedingt Folge zu leisten. Er vereinigt in sich die gesamte Zivil- und Militärvollzugsgewalt in München. Alle bisherigen Anordnungen der Rätereipublik sind außer Wirksamkeit gesetzt. Bayern hält treu zu der Regierung Hoffmann. Vereinigt alle eure Kräfte, um die Wiederkehr der soeben niedergeworfenen Gewalt Herrschaft für alle Zukunft unmöglich zu machen und der Regierung den Wiederaufbau des zerrütteten bayerischen Staates zu ermöglichen! Nur Ordnung und Arbeit führen zum Ziele. Die Regierung des Freistaates Bayern: Der Ministerpräsident: Hoffmann.

Bamberg, 14. April. Die Rätereipublik ist in Schweinfurt, Lahr und Aichaffenburg gestürzt. Die Führer haben sich bedingungslos der Regierung Hoffmann ergeben und, nachdem auch Augsburg der Regierung Hoffmann Treue gelobt hat, ist nun das ganze Bayernland mit Ausnahme von Doj der Regierung Hoffmann wieder gewonnen.

Zu den Ereignissen in Dresden.

Dresden, 12. April. Das Gesamtministerium erläßt folgende Kundgebung an die Einwohnerschaft von Dresden: Am 12. April nachmittags haben sich Hunderte von kriegsverletzten Soldaten vor dem Kriegsministerium versammelt. Den Anlaß dazu gab die vom Reich angeordnete Herabsetzung der Löhnung der Unteroffiziere und Mannschaften auf den Friedensstand, die aber für Sachen zunächst keine Anwendung findet. Die sächsische Regierung wird sich unverzüglich an die Reichsleitung wegen Aufhebung der Verfügung wenden. Ein verbreitetes, aber nachgewiesenermaßen falsches Gerücht, daß der Kriegsminister Neuring Auftrag zum Werfen von Handgranaten gegeben habe, gab Anlaß zu starker Beschiesung und Erstürmung des Kriegsministeriums. Kriegsminister Neuring ist auf bestialische Weise ermordet worden. Eine solche Handlungsweise fordert die Regierung zu scharfen Maßregeln heraus. Der Belagerungszustand wird proklamiert. Wir ermahnen die gesamte Einwohnerschaft zur Ruhe und Besonnenheit. Die Regierung wird unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe treffen.

Dresden, 13. April. Das Gesamtministerium hat über den ganzen Freistaat Sachsen den Belagerungszustand verhängt. Die Ausübung der Kommandogewalt ist von den Ministern dem Militärbefehlshaber übertragen worden. Das Gesamtministerium hat zum Oberbefehlshaber Herrn Bruno Kirchoff in Dresden bestimmt und dieser hat für die Zeit des Belagerungszustandes das Standrecht verhängt.

Berlin, 14. April. Der erste Transport der Regierungstruppen, die auf Wunsch der sächsischen Regierung nach Dresden als Unterstützung gehen sollen, ist bereits gestern nachmittag abgegangen. Auch eine bewaffnete Motorboot-Flottille ging die Elbe hinauf nach Dresden ab und traf gestern Abend dort ein.

Der Entwurf des Völkerbunds.

Paris, 14. April. Nach dem Entwurf wird der Völkerbund gegründet, um ein internationales Zusammenarbeiten zu fördern und den Frieden zu sichern. 1. Der Völkerbund wird umfassen: a) alle kriegsführenden Staaten, die in einem

dem Entwurf beigegebenen Schriftstück genannt sind, b) alle neutralen Staaten, die ebenfalls genannt sind, c) in Zukunft jedes Land mit Selbstregierung, dessen Zulassung von zwei Dritteln derjenigen Staaten, die bereits Mitglieder des Bundes sind, gutgeheißen wird. Der Bund wird seine Tätigkeit ausüben durch eine Versammlung von nicht mehr als drei Vertretern eines jeden Gliedstaats, von denen der Gliedstaat jedoch nur eine Stimme hat, und einen Rat, der zunächst aus je einem Vertreter der fünf Großmächte und je einem der vier anderen Mächte gebildet wird. Die Entschlüsse bei den Körperschaften müssen einstimmig sein, außer in gewissen Fällen, die durch Stimmenmehrheit entschieden werden. 2. Die Gliedstaaten kommen überein: a) ihre Rüstungen zu vermindern, b) sich über ihre gegenwärtigen militärischen Rüstungen und ihre Marine- und Pereseprogramm vollständig zu unterrichten, c) gegenseitig ihr Gebiet und ihre politische Unabhängigkeit zu respektieren und gegen einen fremden Angriff zu sichern, d) alle internationalen Streitigkeiten entweder einem Schiedsgericht oder einer Prüfung durch den Rat zu unterbreiten, in keinem Fall aber zum Krieg zu schreiten, bevor drei Monate nach einem Urteilspruch verlossen sind, e) einen Staat, der den vorstehenden Vertrag gebrochen hat, zu bestrafen als habe er seine kriegerische Handlung gegen den Völkerbund begangen und alle wirtschaftlichen und anderen Beziehungen mit ihm abzubrechen, f) keinen bindenden Vertrag in Erwägung zu ziehen, bevor er dem Völkerbund mitgeteilt wurde, welcher dann zur Veröffentlichung desselben schreiten wird. Ein Staat, der seine Verpflichtungen bricht, darf von dem Rat aus dem Völkerbund ausgeschlossen werden. 3. Die ehemaligen deutschen Kolonien und das Gebiet des osmanischen Reiches werden im Interesse der Zivilisation durch dazu ausgewählte Staaten in der Eigenschaft als Mandatare des Völkerbundes verwaltet, der seinerseits die allgemeine Oberaufsicht führen wird. Die Gliedstaaten übernehmen Verantwortlichkeiten in Bezug auf Arbeitsbedingungen. Der Völkerbund wird anerkannt als zentrale Körperschaft, die sich zur Aufgabe setzt, im allgemeinen jede Art internationaler Tätigkeit gleichzuordnen und zu unterstützen.

Den Herren Ortsvorstehern
empfehlen wir für die kommenden
Gemeinderatswahlen
die neuen
Wähler-Listen.
Lieferung kann sofort erfolgen.
Verlag des „Enztäler“. :: D. Strom.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Brotarten-Ausgabe
am Dienstag den 15. April,
8 Uhr vormittags für Nr. 1—200,
9 " " " " 201—400,
10 " " " " 401—600,
11 " " " " 601—Schl.
Stadt, Lebensmittelstelle.
J. A. Rienzle.

„Volkshilfe für württ. Kriegs- und Zivlgefangene 1919.“
An Spenden für unsere Kriegsgefangenen gingen bis heute an Einzelgaben und durch Sammlungen ein:

Neuenbürg	1914 19	Zgelsloch	76.—
Krebstal	125.50	Kopfenhardt	268.—
Reinberg	77.—	Langenbrand	114.—
Bernbach	150.—	Loffenau	160.—
Wilsberg	74.—	Raisenbach	135.—
Sachsenfeld	874.40	Neulsh	220.—
Calmbach	1213.—	Oberlangenhardt	60.—
Dezember Einzelgabe 1000 M Reichsanleihe		Oberhausen	147.50
Emmelt	780.—	Ottendäusen	275.—
Zemach	80.—	Notensol	61.—
Dobel	300.—	Notenbach	560.—
Engelsbrand	107.—	(dar. Einzelgabe 300 M)	
Enzlstete	107.—	Salmbach	128.—
Härdennach	332.—	Schönbach	720.—
Härdennach	270.—	Schwann	387.—
Härdennach	64.—	Schwanzberg	125.—
Härdennach	211.25	Sprollenhäus	200.—
Härdennach	385.—	Waldrennach	208.05
Härdennach		Wilsbad	1138.25

Gesamtsumme: M 12047.14.

Für diese erneuten glänzenden Beweise hingebenden Opfersinn sprechen wir allen Spendern und Sammlern warmen Dank aus. Möge diese schöne Summe dazu mitwirken, unsere armen Kriegsgefangenen Freude und Hilfe zu bereiten!

Neuenbürg, den 10. April 1919.
Im Namen des Ausschusses der Bezirksammelsstelle:
Vorstand: Schulrat Baumann.
Rechner: Kaufmann Wild.

Oberamt Neuenbürg.
Gemeindewahlen.
Die Wählerlisten zur württ. Landesversammlung wurden vor kurzem zur Anlegung kirchlicher Wählerlisten an die Pfarrämter ausgefolgt. Die Herren Ortsvorsteher können die Listen zur Benützung bei der Anlegung der Wählerliste für die Gemeindewahlen von den Pfarrämtern einverlangen.
Den 11. April 1919. Bullinger.

Zu Oster-Geschenken
empfiehlt ihr reichhaltiges Lager
in guten Büchern
Gefangbüchern, Schulbüchern,
Kunstmappen, Album jeder Art, Briefstaschen
und Notizbüchern, Schreibetuis,
Briefpapier mit und ohne Ausdruck,
Jugendchriften usw.
C. Meeh'sche Buchhandlung
Inh. D. Strom.

Wir suchen verkäufliche Häuser
an beliebigen Plätzen, mit und ohne Geschäft, behufs Unterbreitung an vorbestimmte Käufer. Besuch durch uns kostenlos. Nur Käufe von Selbstigentümern, ein an den Verlag der Vermiet- u. Verkaufszentrale
Frankfurt a. M., Gansa-Gasse.

Bisiten-Karten
liefert rasch und billig
C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Aufforderung zur Abgabe von Lohn- und Gehaltszetteln.
Verschiedene hiesige Arbeitgeber haben die Ihnen übergebenen, auf 8. April abzuliefernden Lohn- und Gehaltszettel noch nicht zurückgegeben. Dieselben werden aufgefordert, dies sofort nachzuholen. Gegen Säumnisse kann eine Geldstrafe von 1—300 M. erkannt werden.
Gemeindebehörde für die Einkommensteuer.
Knodel

August Groppe & Söhne,
amtliche Güterbestätiger, Pforzheim.
Fernsprecher 595 und 597. Büro Badisches Güteramt.
Möbel-Transporte nach allen Plätzen.
Neu! Möbel-Transport-Automobile. Neu! Spedition. Lagerung. Zollabfertigung.
Versicher. aller Art u. geg. alle Risiken.

Neuenbürg.
Bersteigerung.
Am Gründonnerstag, den 17. ds. Mts. versteigere ich folgendes:
1 vollständiges Bett, 1 polierten Tisch, ein Nachttisch, Postersessel und noch verschiedene Gegenstände sowie auch Porzellan und Gläser.
Frau Zeltmann,
Alte Pforzheimerstraße 334.

Calmbach.
Einen fast neuen, gut erhaltenen
Bienenstand
mit Falzriegeln bedeckt, 3 m lang, 2 m breit und vom Bretterboden an bis zu 2.5 m hoch, samt zwei Einbauten, bad. Maß, und vielen ausgebauten Waben, sowie sonstigem Zubehör hat zu annehmbarem Preis zu verkaufen
Schuldiener Seyfried.

die vorwärts kommen wollen, lassen die allwöchentlich erscheinende reich illustrierte
Fachzeitung „Der Schneidermeister“ Hannover
mit regelmäßig kostenlosen Modebildern.
Probenummern kostenlos, jedoch nur an Fachleute.

Württ.
Forstamt Langenbrand.
Nadelstammholz-
Verkauf

im mündlichen Aufstreich
am **Mittwoch, den 23. April**
1919, vorm. 10 Uhr, in Wald-
remach im Gasthaus z. Röhle
aus Staatswald I. Größelberg,
II. Sadberg, III. Dündstol,
IV. Dengstberg, VI. Eulenloch,
VIII. Gaiten, IX. Rippberg:
Langholz-Normal und -Aus-
schuß: 10060 Tannen (H. u.
Fo.): Fm.: 803 I., 1439 II.,
1932 III., 1481 IV., 870 V.,
99 I., 117 II., 22 III. Kl. Ver-
zeichnisse durch die Forst-
direktion, G. f. S., Stuttgart.

Mittwoch, 16. April
Schweinemarkt
in **Neuenbürg.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Butter-Verkauf
am **Dienstag, den 15. April**
1919, 8 Uhr vorm. für Nr.
219-350, 8 1/2 Uhr vorm. für
Nr. 351-475, 9 Uhr vorm.
für Nr. 476 bis etwa Nr. 500.
Städt. Lebensmittelstelle
J. A.: Rienzle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Bei Pfannkuch & Co. kann
bis zum **Mittwoch (16. April)**
Kräuterkäse
abgeholt werden.
Städt. Lebensmittelstelle
J. A.: Rienzle.

Habe einen neu aufgebauten
Wagenschuppen
wegen Entbehrlichkeit zu ver-
kaufen. Derselbe kann von
mir selbst abgeführt werden.
Näheres zu erfragen in der
Engstaler-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.
Auf 1. Mal suche ich ein
fleißiges, kräftiges
Mädchen
vom Lande, das schon gedient
hat, bei gutem Lohn und Be-
handlung.

Frau
Architekt **Hildenbrand.**

Lüchtiges
Alleinmädchen
zu kleiner Familie (ohne Kin-
der) sofort gesucht.

Müller, Herrenalb,
Villa Gilbert.

Herrenalb.
Zimmermädchen,
welches auch Servieren
kann, auf 1. Mal für Saison
gesucht.

Pension König.

Braves Mädchen
von 15-17 Jahren in kleinen
Haushalt sofort gesucht.

Postinspektor **Bach,**
Pforzheim.

Liebenzell.
2-3 Zimmerwohnung ob.
Einfamilienhaus,
letzteres unter Vorkaufrecht,
zu mieten gesucht. Angebote
an Postfach 31, Schwesingen.

Gemeinde Kapfenhardt.

Stammholzverkauf

im schriftlichen Aufstreich

aus Gemeindevwald
604 tannene und forchene Stämme mit
4,98 Fm. I. Kl., 61,53 Fm. II. Kl., 217,73 Fm.
III. Kl., 97,26 Fm. IV. Kl., 53,33 Fm. V. Kl. und
5,09 Fm. VI. Klasse.

Bedingungslose Angebote in ganzen Prozents der Forst-
preise 1919 wollen schriftlich und verschlossen mit der Auf-
schrift „Angebot auf Stammholz“ bis spätestens

Samstag, den 19. April,
nachmittags 4 Uhr,

beim Schultheißenamt eingereicht werden.
Kapfenhardt, den 9. April 1919.

Schultheißenamt.

Wildberg.

Nadelstammholz-Verkauf.

Aus den Stadtwaldungen Kengel, Kiesgrube, Langhalde,
Pfefferling und Klosterwald kommen im schriftlichen Aufstreich
zum Verkauf:

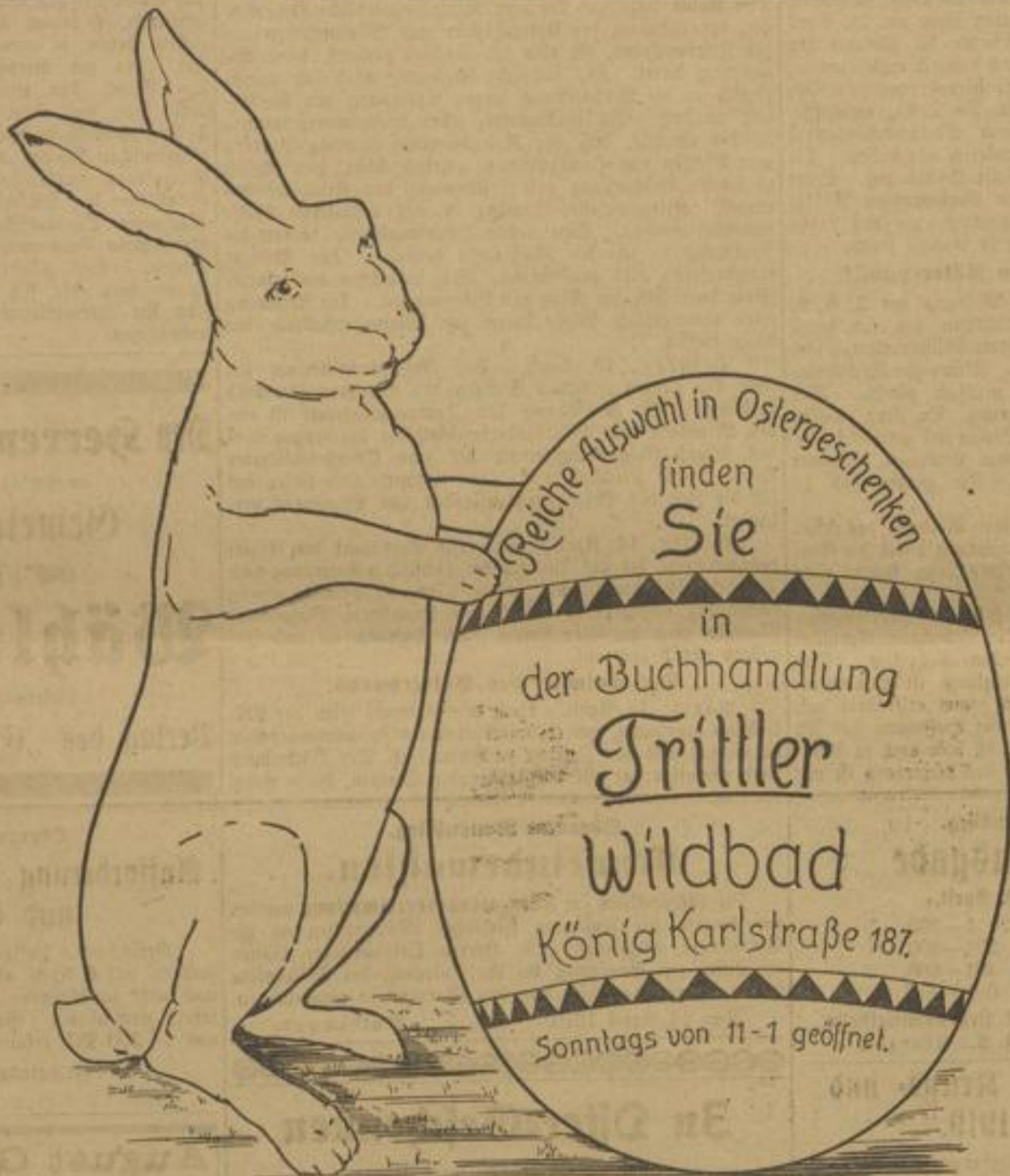
Langholz 305 Fm., Sägholz 25 Fm., zus.
330 Fm., darunter 130 Fm. Forchen in der Kies-
grube und zwar Klasse I 11 Fm., Klasse II 53 Fm.,
Klasse III 135 Fm., Klasse IV 88 Fm., Klasse V
41 Fm., Klasse VI 2 Fm.

Bedingungslose Angebote, ausgedrückt in ganzen und
Zehntelprozents der Forstpreise von 1919 des Forstver-
bandes Calw, wollen verschlossen bis

Mittwoch, den 23. April 1919,
vormittags 7 1/2 Uhr,

hier eingereicht werden.

Stadtschultheißenamt.
Rutschler.



Neuenbürg.

Habe schöne starke

Läufer-Schweine
und **Ferkel**

zu verkaufen.

Ernst Ochner zum „Anker“.

Herrenalb.

Freiw. Grundstücks-Verkauf.

Die Erben des Ludw. Pfeiffer, Drebers hier, bringen
ein **Wiesen-Grundstück**, 1 ha 13 a 5 qm groß, auch
als Bauplatz geeignet, am Gaistaler Weg gelegen, zum
Verkauf. Angebote schriftlich erbeten an

Geschwister Pfeiffer, Klosterstr. 7.

Woll-Annahme.

Unterzeichneter empfiehlt sich den Herren Schafhaltern
im **Waschen, Färben, Spinnen** der von der Kriegs-
wollbedarfsaktiengesellschaft freigegebenen Wolle und im **Ver-**
streichen der Garne und sichert prompte und reelle Be-
dienung zu.

Carl Dingler, Stricker, Calw, Vorstadt 251.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Letzte Aufforderung zum Eintritt in die
Freiw. Feuerwehr.

Die Anmeldungen sind bis jetzt nicht zahlreich genug
erfolgt. Die Feuerwehrabgabe wird deshalb nach Beschluß
der bürgerl. Kollegien bis zu 20 M. erhöht werden für alle
diejenigen Pflichtigen, welche sich nicht zur Dienstleistung
hier noch anmelden bis spätestens **Mittwoch, den 16. April.**

Zugleich werden alle Einwohner, welche noch **Be-**
kleidungs- und Ausrüstungshüde von gefallenen oder sonst
ausgeschiedenen Feuerwehrleuten im Besitz haben, aufgefordert,
dieselben umgehend an den Magazinsverwalter, Herrn **Karl**
Scholl, abzugeben.

Stadtschultheißenamt.
Knobel.

Was jeder vom

Staats-Bankerott

wissen muß.

Hervorragendes Werk mit ausführlichen Berechnungen und
Darstellungen. Geschrieben von erfahrenem Bankfachmann.
Preis M. 2.75 einschl. Feuerungszuschlag gegen Voreinsendung
an Postcheckkonto 16776. Nachnahme zusätzl. M. 0.25.
Bei größeren Bestellungen entspr. Rabatt u. kostenlos. Reklame.
Aug. Brede sen., Agenturen-pp., Hannover Nr. 397.

Habe noch einige Wagen

Pferdedung

abzugeben

Albert Weißhaupt,
amtlicher Güterbesorger,
Neuenbürg a. Enz.

Polisens-
Lehrmädchen

auf **Ostern** gesucht.
H. Drems, Pforzheim,
Museumstr. 4.

Hausierer und
Kolporteuere

für einen neuen, leicht ver-
käuflichen, gewinnbringenden
Massenartikel an allen Plätzen
Württembergs gesucht. Einig-
hundert Mark nötig. Offerte
unter N. R. 100 an die Eng-
staler-Geschäftsstelle.

Alleinvertretung

für den Amtsbezirk Neuenbürg
von einem täglich gebrauchten
Massenartikel zu vergeben.
Hoher Verdienst garantiert.
Zur Uebernahme sind ca. M. 500
erforderlich. Angeb. u. N. 173
an Haasenstein & Vogler
N.-S., Karlsruhe.

Grunbach.

Unterzeichneter feht zwei gut
eingeführte 3 und 4 Jahre alte

Fuchsen

unter jeder Garantie zum
Verkauf aus.

W. Lötterle,
Gasthof zum Adler.

Ofen a. E.

1 Holzbohrmaschine

für Kraftbetrieb sucht jetzt
zu kaufen oder zu mieten
Georg Grohmann,
Zimmergeschäft.

Bleichsucht, Weißfäule

behand. **H. Maier,** Gumbold-
path und Naturheilkundiger,
Pforzheim, Oestliche Str.
Sprechstunde:
Montag, Mittwoch u. Freitag
vorm. 10-1 u. nachm. 4-6 Uhr

Vogelfutter

Mischung für Kanarienvögel in Packung
Mark 1.- verkauft gegen Nachnahme
Wochensubskription von 5 Pck. 1 Mark 1.-

**Gebr. Hambrecht, Samen- u. Obst-
Freiburg i. S., S. Wälderstr.**

Dauernd befriedigte

die seit

40 Jahren

bewährten
und
bevor-
zugten



Biesingers

Buch- und Dokumenten-
Tinte u. Deutsche Rele-
Schreibtinte.

Leitfaden. Eisengalvan-Schreib-
tinte. Zu haben i. d. Schreibwarenhandlung
Jos. Biesinger, Tintenfabrik
Stuttgart.

